



effe International Office
Postfach 10 02 33
D – 44702 Bochum
Fon: +49 234 610 4736
Fax: +49 234 610 4738
www.effe-eu.org
contact@effe-eu.org

Bochum, 21. Juli 2006

Herrn
Claus Sirensen
Generaldirektor Kommunikation
DG Bildung und Kultur der Europäischen Kommission
B – 1049 Bruxelles

Betreff: Konsultation zum Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

anbei erhalten Sie die Stellungnahme des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen – *effe* – im Rahmen der Konsultation zum Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik.

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen ist eine Nicht-Regierungsorganisation, die sich mit der Qualität und Wirksamkeit der Bildungssysteme in Europa befasst. Das Hauptanliegen des *effe* ist die Förderung einer Pluralität im Bildungswesen, wobei der Schwerpunkt auf die allgemein bildenden Schulen liegt.

Das *effe* begrüßt das Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik, als einen wichtigen Schritt in der Richtung einer konzeptuellen Annäherung der EU-Institutionen an ihre Bürger. Die Kommission nimmt hier ihre Verantwortung wahr und geht die gegenwärtige Europamüdigkeit der Bürger mutig an. In Prinzip sollte dieses Weißbuch mit dem Grünbuch über die europäische Transparenzinitiative verbunden werden. Denn man kann eine gelungene Kommunikation nur über Transparenz und Partizipation erreichen.

Das Problem der Transparenz liegt nicht nur auf EU-Ebene, sondern immer mehr auch auf weltweit internationaler Ebene, wenn man an die Entscheidungsfindungen im Rahmen der WTO-Verhandlungen denkt. Eine der großen Aufgaben der EU - und hier liegt die besondere Rolle der EU-Kommission, als Hüterin der Verträge - wird in nächster Zukunft nicht nur sein, das eigene Haus offener zu gestalten und so selbst demokratischer zu werden und damit an Legitimität zu gewinnen – sondern auch internationalen undemokratischen Tendenzen gezielt gegenzusteuern. Wir wünschen uns sehr, dass die Kommission auch hier weitere Anstrengungen unternimmt und auch politisch Stellung nimmt, um das Ziel – den Bürgern zu dienen – zu erreichen.

Die Konsultationsfragen, die den Bereich der Anliegen von *effe* besonders berühren, beantworten wir im Einzelnen wie folgt.

Gemeinsame Grundsätze festlegen: Wie kommen wir voran?

Die gemeinsamen Grundsätze und Standards, die für die Informations- und Kommunikationsarbeit zu europäischen Themen maßgeblich sein sollen, könnten in einem Rahmendokument – zum Beispiel einer Europäischen Charta oder einem Europäischen Verhaltenskodex zu Kommunikation – festgeschrieben werden. Dadurch sollten alle Beteiligten (EU-Institutionen, nationale, regionale und lokale Regierungen, Nichtregierungsorganisationen) sich dazu verpflichten, diese Grundsätze einzuhalten und für eine EU-Kommunikationspolitik im Interesse der Bürger zu sorgen. Diese Verpflichtung würde auf freiwilliger Basis eingegangen werden.

Die Kommission wird ein eigenes webgestütztes Bürgerforum einrichten, um damit Meinungen zu Zweckmäßigkeit, Ziel und Inhalt eines solchen Rahmendokuments einzuholen. Zusätzlich zu dieser für sechs Monate anberaumten Konsultation werden Treffen mit Akteuren im Bereich der Kommunikation stattfinden. Ferner werden öffentliche Diskussionen veranstaltet, und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, den Diskussions- und Konsultationsprozess im eigenen Land zu fördern. Die Website wird regelmäßig mit Informationen über die Entwicklungen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene aktualisiert.

Nach Ablauf der Konsultationsphase wird die Kommission die Ergebnisse der Konsultation vorlegen und dann erwägen, ob eine Charta, ein Verhaltenskodex oder ein anderes Instrument vorgeschlagen werden soll.

Das *effe* spricht sich für einen Verhaltenskodex aus. Dieser wird ein weiterer Schritt in Richtung auf mehr Offenheit sein. Wir ermutigen deshalb dringend die Kommission, nach der Konsultationsphase ein solches Instrument vorzuschlagen.

Wie kann der Bürger erreicht werden?

- Die Verantwortung für politische Bildung liegt bei den nationalen oder regionalen Behörden. Die EU kann aber den Austausch vorbildlicher Verfahren und die Entwicklung gemeinsamer Unterrichtsmaterialien unterstützen, so dass die europäische Dimension verstärkt Berücksichtigung findet. Die Mitgliedstaaten könnten aufgerufen werden zu prüfen, wie in diesem Bereich tätige europäische Lehrer beispielsweise im Rahmen eines Netzwerkes, eines speziellen Programms innerhalb bestehender Strukturen (wie dem Europa-Kolleg) oder durch eine neue Struktur am besten miteinander in Kontakt gebracht werden können, um sich über innovative Ansätze auf dem Gebiet der politischen Bildung auszutauschen und sich neue Kompetenzen anzueignen.
- Im Rahmen eines weiteren Projekts könnten die Mitgliedstaaten Bibliotheken zu digital vernetzten europäischen Büchereien umgestalten. Diese würden als Informations- und Lernzentren dienen und gewährleisten, dass alle Bürger kostenlosen Zugang zu Informationstechnologien und relevanten Informationen erhalten.
- Die Mitgliedstaaten könnten sich gemeinsam darum bemühen, neue Foren der Begegnung für Europäer aller Alterstufen und unterschiedlichster Herkunft zu schaffen und kulturelle und politische Veranstaltungen zu Europa auszurichten.
- Die Institutionen und Einrichtungen der EU könnten gemeinsam ihre Besucherprogramme koordinieren, verbessern und ausweiten.
- Die EU-Institutionen sollten die Möglichkeit prüfen, EU-Webseiten durch online-Foren („virtuelle Treffpunkte“) mit Links zu externen Informationsquellen zu ergänzen.

- Die EU-Institutionen müssen ihre Bemühungen fortsetzen, die Kontakte mit den Bürgern zu verbessern. Die für die Kommission gültigen Mindeststandards für Konsultationen könnten überprüft werden, um eine ausgewogene Vertretung von Interessengruppen sowie ein angemesseneres Follow-up zu gewährleisten.
- Die drei großen Institutionen könnten ebenfalls erwägen, als Ergänzung zu den Parlamentsdebatten gemeinsame offene Diskussion zu veranstalten und dabei auf Fragen von Vertretern der Öffentlichkeit oder von Journalisten einzugehen.

effe stimmt den Vorschlägen der Kommission im Bereich der politischen Bildung nachdrücklich zu. *effe* und seine Mitgliederorganisationen bitten ihre Vermittlung und Mitwirkung für eine verstärkte europapolitische Bildung in Schulen an. Allerdings bedauern wir, dass wie die letzten Monaten gerade gezeigt haben, noch nicht einmal die neuen Programme im Bereich Bildung für den Finanzraum 2007-2013 genügend Mittelzuweisungen bekommen haben. Es stellt sich hier sehr deutlich die Frage der ausreichenden Finanzhaushaltung.

effe unterstützt die Überlegungen zu Bibliotheken und zwischenstaatlichen Diskussionsforen. *effe* hält es für sehr sinnvoll, einen Mindeststandard für Konsultationen festzulegen. Wichtig zu beachten ist die Bekanntmachung aller Konsultationen, so dass alle daran teilhaben können. Eine Mindestfrist von drei Monaten wäre zweckmäßig.

Zur Transparenz der Institutionen soll auch hier unabänderlich weitergearbeitet werden. Die Bürger haben das Recht zu erfahren, was ihre Repräsentanten – die Parlamentarier wie die Minister und Staats- und Regierungschefs - in Brüssel entscheiden. Ebenso haben sie ein Recht zu erfahren, welche Inhalte die EU-Kommission bearbeitet und was im Kollegium entschieden wird.

Wie wird die Partnerschaft funktionieren?

- Die **Zusammenarbeit zwischen nationaler und europäischer Ebene** könnte neue Initiativen auf nationaler Ebene umfassen: öffentliche und parlamentarische Debatten über die jährlichen strategischen Prioritäten der Kommission; persönliche Gespräche zwischen nationalen Ministern und Mitgliedern der Europäischen Kommission, die in den Mitgliedstaaten im Rundfunk übertragen werden usw. Ein deutliches Schwergewicht könnte dabei auf Bereiche gelegt werden, in denen die EU und die Mitgliedstaaten bereits parallel tätig sind. Die Instrumente der Zusammenarbeit könnten **finanzieller Art** sein (etwa *Verwaltungspartnerschaften* nach dem Muster der zwischen der Kommission und den deutschen Behörden geschlossenen Vereinbarung) oder aber **operativer Natur** (Zusammenarbeit mit europäischen Netzen und Informationsstellen wie dem neuen Europe *Direct*-Netzwerk).
- Neue, strukturierte Formen der Zusammenarbeit zwischen den mit der öffentlichen Kommunikation befassten nationalen Behörden sollten eingeführt werden, damit Erfahrungen über europapolitische Kommunikation ausgetauscht und gemeinsame Initiativen entwickelt werden können.
- Nach neuen Formen einer engeren Zusammenarbeit muss insbesondere im Bereich der Außenbeziehungen gesucht werden. Die Kommunikation über die Rolle der EU in der Welt ist ein wirksames Mittel, um das Engagement der Bürger in Europa zu gewinnen und in der übrigen Welt mehr Unterstützung und Verständnis für die EU zu erhalten. Mehrere Modelle für eine Intensivierung der Zusammenarbeit in diesem Bereich könnten geprüft werden, unter anderem auch die Verstärkung der Kapazitäten im diplomatischen Bereich.

- Die **EU-Institutionen** sollten einen koordinierteren Ansatz verfolgen, der stärker auf die Bürger ausgerichtet ist. Vor allem die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem **Europäischen Parlament** könnte ausgeweitet werden. Zudem könnten die derzeitigen Arbeitsvereinbarungen im Rahmen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ (IGI) überarbeitet werden. Dies würde auch eine Überprüfung der Initiativen beinhalten, die derzeit aus den PRINCE-Haushaltlinien finanziert werden.
- Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** und der **Ausschuss der Regionen** fördern bereits auf regionaler und lokaler Ebene Debatten mit der Zivilgesellschaft zu europapolitischen Themen. Die vor kurzem zwischen der Kommission und diesen Ausschüssen geschlossenen Kooperationsprotokolle ebnen den Weg für eine Intensivierung der gemeinsamen Bemühungen in diesem Bereich.
- Die **politischen Parteien** könnten ihre Mitglieder stärker in die europapolitische Arbeit einbinden und die Debatte durch länderübergreifende Diskussionsforen beleben. Sie sollten dazu ermutigt werden, europapolitische Komponenten in ihre Parteiprogramme einzubeziehen.
- Den **Organisationen der Zivilgesellschaft** kommt in der Debatte über Europa eine wichtige Rolle zu. Ihre Position könnte durch gezielte Kooperationsprojekte im Bereich der öffentlichen Kommunikation gestärkt werden.

Zusammenarbeit zwischen nationaler und europäischer Ebene

Hier kann man sich durchaus die Frage stellen, wie sichtbar die EU in den Mitgliedstaaten ist. Zu einer guten Kommunikation gehört Transparenz und es würde die EU und ihrer Rolle und damit ihre Existenzberechtigung sehr zugute kommen, wenn sie die hier vorgestellten möglichen Initiativen über die europapolitische Kommunikation in und mit den Mitgliedstaaten tatsächlich realisiert würden.

EWSA

Für die NGOs ist es sehr wichtig, dass die Kommission ihre Kooperation mit dem EWSA verstärkt. Die Kommission stützt sich bei ihren Anhörungen leider nach wie vor zu stark auf die finanzstarke Wirtschaftslobby. Möchte man jedoch die ganze Bevölkerung erreichen, und die wirtschaftsbezogenen Vereine sind eben nur ein Teil davon, so soll man auch der mehr auf die Gesamtkultur ausgerichteten Zivilgesellschaft verstärkt Raum zur Meinungsäußerung geben. Neben der direkten Anhörung einzelner mehr fachlich orientierter NGOs durch die Kommission, kann der EWSA zu generellen Anhörungen ein gutes Forum bilden. Die EWSA hat auch selbst schon diesen Trend angenommen und verschafft über die neu geschaffene Liaison Group nun auch den NGOs eine institutionalisierte Stimme. Der Fortbestand dieser Gruppe ist allerdings noch nicht gesichert. Wir wünschen, dass die Kommission hier ihre Verantwortung aufnimmt. Sie ist hier in der Lage ein Beispiel zu setzen, indem sie in Zusammenarbeit mit dem EWSA den wichtigen Expertengruppen der Zivilgesellschaft eine hochwertige Stimme verleiht. Vom Fall zu Fall könnte die Kommission den EWSA bitten, die Liaison Group zu hören und gezielt ihr Expertenwissen einzufordern. Die NGOs, die in der Liaison Group tagen, erreichen viele Millionen europäische Bürger, die die Kommission auf andere Weise nur schwer erreichen kann. Wir sehen hier eine große Möglichkeit, wenn diese NGOs irgendwann ihrer Kundschaft mitteilen können: „in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission haben wir das und das erreichen können“.

Organisationen der Zivilgesellschaft

Das *effe* ist sehr dafür, dass die Position der Organisationen der Zivilgesellschaft durch gezielte Kooperationsprojekte im Bereich der öffentlichen Kommunikation gestärkt wird. Stärkung heißt:

1. stärkere Einbeziehung in die Gestaltungsprozesse. Die Kommission sollte auch NGOs verstärkt zu ihren Arbeitsgruppen zulassen. Gerade diese haben jene Expertise, die den Verwaltungen oder Wirtschaftsverbände nicht zur Verfügung steht.
2. Hilfe bei der Finanzierung. Sehr wichtig ist, im Bereich der offenen Kommunikation, die zur Verfügung gestellten Gelder in vereinfachten Verfahren zuzuteilen. Vielleicht könnte man Sonderbudgets für sehr kleine NGOs einrichten, aus dem vergleichsweise kleine Summen ohne viel bürokratischen Aufwand vergeben werden können.

effe erlaubt sich hier einfach mal seine eigene Situation zu schildern und seine Überlegungen konkret dar zu stellen. Wir können selbstverständlich nicht für andere Organisationen sprechen.

effe hat es geschafft, einmalig für drei Jahre eine feste Mitarbeiterin einzustellen, die, Teils aus Stiftungsgelder finanziert, insbesondere die europäische Bildungspolitik sowie den Lissabon Prozess beobachtet und für die *effe*-Mitglieder zugänglich und verstehbar macht. Das ist erstmalig in der 15jährigen Geschichte des *effe*. Es ist eine Anerkennung der Wichtigkeit der europäischen Politik. Seitdem erfahren die Mitglieder monatlich, was in „Brüssel“ im Bereich der Bildung geschieht und inwieweit die Zivilgesellschaft sich einbringen kann. Viele positive Reaktionen und auch eine Europa positivere Einstellung sind das Resultat. Die Arbeit vom Parlament, Rat und Kommission wird seither insgesamt positiver betrachtet. Mitglieder von *effe* sind nämlich unter anderem Vertreter alternativer Schulbewegungen, die von Nature aus sehr „Obrigkeitsmisstrauisch“ sind.

Auf Wunsch und sehr gern stellt *effe* der Kommission diese Art der Berichterstattung bei Gelegenheit vor, in der z.B. auch jeweils auf Konsultationsverfahren (z.B. EQF und vorliegendes Weißbuch der Kommunikation) hingewiesen wird. *effe* leistet hiermit ein wichtiger Teil der Arbeit, die dieses Weißbuch gerade anstrebt. Wir würden in dieser Mittlerrolle in der Aufnahme und Weiterleitung von Informationen gern mehr machen. Uns fehlt es aber an Mittel. Zunächst steht die Mitarbeiterin unter Druck, ihre Arbeit später selbst weiterzufinanzieren. Weiterhin erfährt sie Unterstützung (EDV, Websiteführung, Übersetzung, Konzeption und Gestaltung) lediglich über freiwillige Mitarbeit, was eine Professionalisierung behindert. Mit kleinerer, unbürokratischer Unterstützung wäre hier schnell geholfen und könnte man die wertvolle Arbeit besser weiterführen.

gez. Jürgen Erdmenger
für den Vorstand

gez. Lies Feron
European Affairs Manager